

Die Festung Europa einreißen: Migration als Utopie

Article by Aleksandra Savanović

February 27, 2025

Der Mensch hat sich schon immer über Regionen und Kontinente hinweg bewegt. Heute ist diese Bewegung jedoch zunehmend dystopisch und stark an die nationalstaatliche und kapitalistische Logik gebunden. Während Migranten militarisierten, unmenschlichen Systemen ausgesetzt sind und als Bedrohung für Europas „Lebensweise“ bezeichnet werden, werden sie gleichzeitig als unverzichtbar für die Wirtschaft umworben. Aleksandra Savanović lädt uns ein, einen Schritt zurückzutreten und uns gemeinsam eine utopischere Migration vorzustellen, indem wir die Grenzen vorgefasster Vorstellungen von Zukunft und Fortschritt sprengen.

Migration ist eine der mächtigsten und am stärksten verankerten Vorstellungen unserer Zeit. Das Wort beschwört Bilder von Mauern, Grenzen, Polizei, Unsicherheit, Not, Elend und Tod herauf. Migration wird zumeist als Bedrohung, als unerwünschtes, aber „notwendiges Übel“, als widerwilliges Opfer auf dem Altar der wirtschaftlichen Gesundheit diskutiert.

Der politische Diskurs über Migration ist von Angst durchdrungen. Migranten werden sowohl als Krise, als Bedrohung unserer Identität und „unsere Lebensweise“ als auch als unfaire Gegner auf dem Arbeitsmarkt, die „unserer Arbeitsplätze wegnehmen“, angesehen. Ermutigt durch rechtsextreme Narrative, die die Migration als Symptom des heutigen globalisierten Kapitalismus mit freier Marktwirtschaft betrachten, richten sich die Sorgen der Öffentlichkeit in erster Linie auf den Schutz der nationalen Grenzen, um *unsere* Lebensweise und *unsere* Arbeitsplätze zu schützen. Die Rhetorik ist nostalgisch und sehnt sich nach der guten alten Zeit der (souveränen!) Nationen, der Familienlöhne und der (weißen) männlichen Ernährer – ungeachtet dessen, dass Souveränität, Familienlöhne und anständige Arbeitsplätze nur für einige verfügbar waren.

Our latest edition – Head On: Facing the Far Right!

Read it online or get your copy delivered straight to your door.

[READ & ORDER](#)

In gewisser Weise spiegelt die Politik der Europäischen Union diese Empfindungen wider. Seit den Europawahlen 2019 hat sich der Begriff „European Way of Life“ zum neuen offiziellen Narrativ der EU entwickelt. Ihr Ansatz ist vor allem praktischer Natur und wurde durch Kompromisse zwischen den EU Mitgliedstaaten geschmiedet, wobei (Wirtschafts-)Liberalen, die für mehr „Markt“ und Vielfalt eintreten, auf Sozialkonservative treffen, die den Schutz „traditioneller“ – oder vermeintlich nicht-kapitalistischer – Institutionen wie Familie und Nation fordern und dabei oft auf ethnische Reinheit anspielen. Aber selbst die Rechten müssen – wenn auch nicht ausdrücklich – zugeben, dass die meisten EU-Länder ohne einen ständigen Zustrom ausländischer Arbeitskräfte bald vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch stehen würden. Sie akzeptieren also die Einwanderung, wollen aber mehr Filterung und weniger Rechte für die Einwanderer. Ein Beispiel dafür ist der Skandal in Polen, bei dem Hunderttausende von Arbeitsvisa gegen Bestechungsgelder ausgestellt wurden, als die einwanderungsfeindliche Partei Recht

und Gerechtigkeit (PiS) an der Macht war. Das vermeintliche Paradoxon ist illusorisch.

Eine falsche Dichotomie

Die unterstellte Dichotomie zwischen Kapitalismus und Nationalstaat – wie die zwischen Familie und Kapitalismus – ist eine falsche. Wie die Philosophin Nancy Fraser es ausdrückt, muss der Kapitalismus als eine institutionalisierte Gesellschaftsordnung verstanden werden, die dem Feudalismus gleichkommt, und nicht nur als eine auf Ausbeutung basierende Produktionsweise.¹ Sie konnte nicht existieren, ohne die bestehenden Systeme der Politik, der Natur und der sozialen Reproduktion einzubeziehen und sich auf sie zu stützen. Es sind die Nationalstaaten, die über die „außerökonomischen Mittel“ – um die Terminologie der marxistischen Politiktheoretikerin Ellen Meiksins Wood² zu verwenden – der politischen, gerichtlichen und polizeilichen/militärischen Macht verfügen, durch die die angeblich unabhängigen wirtschaftlichen „Mechanismen“ des Kapitalismus in Gang gesetzt werden können.

Im Kontext einer globalisierten Wirtschaft ist die Situation nicht anders. Das globale Kapital ist mehr denn je von der ungleichen Entwicklung der Nationalstaaten abhängig. Sie schöpft aus der Differenzierung der sozialen Bedingungen in den einzelnen Volkswirtschaften und aus den ausbeutbaren Niedriglohnsystemen. Der Nationalstaat ist kein unschuldiger Zuschauer, sondern das Instrument dieser Differenzierung.

Die Soziologin Melinda Cooper vertritt die Auffassung, dass der Wirtschaftsliberalismus und der neue Sozialkonservatismus in Wirklichkeit zwei Seiten derselben kapitalistischen Medaille darstellen.³ In Anlehnung an die Marx'schen *Grundrisse* stellt sie die These auf, dass der Kapitalismus durch eine unablässige Bewegung zur Überwindung seiner Grenzen, zur Unterwerfung aller Dinge unter sein Wertgesetz, und gleichzeitig durch eine ebenso starke Gegenbewegung zur Durchsetzung dieser Grenzen konstituiert wird. Der Migrant – als billige Arbeitskraft – wird also im Wechselspiel zwischen der uneingeschränkten Reichweite des Kapitalismus und den notwendigen begrenzenden Grenzen der Nationalstaaten produziert. Mit anderen Worten; die Tatsache, dass der Nationalstaat als grundlegend angesehen wird und gleichzeitig die Migration und die Bewegung über seine Grenzen hinweg (relativ) zugelassen wird, macht den Migranten als billige Arbeitskraft aus.

Dystopische Aussichten: Festung Europa

Die Festung Europa oder der Mittelmeerfriedhof als zunehmend realistische Vision und Ergebnis der europäischen Migrationspolitik ist ein direkter Ausdruck dieses dem Kapitalismus innewohnenden Widerspruchs. Zwischen „mehr Markt“ und „mehr Grenzschutz“ entscheidet sich die EU für beides.

*Zwischen „mehr Markt“ und „mehr Grenzschutz“
entscheidet sich die EU für beides.*

Der im Juni 2023 angekündigte „historische“ Migrationspakt der EU soll ein Gleichgewicht zwischen beiden schaffen. Einerseits wird ein neues zweigleisiges Filtersystem eingeführt, das potenzielle und nicht potenzielle Einwanderer direkt an der Grenze trennt: Diejenigen, bei denen es unwahrscheinlich ist, dass sie akzeptiert werden, werden strengeren Verfahren unterworfen, leichter zurückgewiesen und im Grunde an jeden Ort verschickt, den das Land für angemessen hält (einschließlich Orten mit dokumentierten Menschenrechtsverletzungen). Andererseits schreibt die EU „verpflichtende Solidarität“ vor: die Verpflichtung, jährlich etwa 30.000 erfolgreiche Bewerber auf dem ganzen Kontinent

umzusiedeln. Jedes Land hat die Möglichkeit, entweder Migranten aufzunehmen oder 20.000 Euro für jede abgewiesene Person zu zahlen. Das eingenommene Geld soll in einen gemeinsamen Fonds fließen, aus dem nicht näher definierte Projekte im Ausland finanziert werden.

Auch wenn sie nicht definiert sind, kann man leicht erahnen, um welche Projekte es sich handelt. Bei ihrem Besuch in Tunesien mit der italienischen rechtsextremen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni im Juli versprach EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, „Tunesien beim Grenzschutz zu unterstützen“, wofür die EU 100 Millionen Euro bereitstellen wird. Ähnliche Finanzierungsmodelle und Vereinbarungen zur Auslagerung der Migrationssteuerung und von Hafteinrichtungen gibt es zuhauf. In einem Bericht aus dem Jahr 2021 wurde festgestellt, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten den Bau von Haftanstalten finanzieren, andere mit der Inhaftierung zusammenhängende Aktivitäten (wie die Ausbildung von Wachpersonal) durchführen und sich für die Inhaftierung in 22 Ländern auf dem Balkan, in Afrika, Osteuropa und Westasien einsetzen und damit dem stark kritisierten australischen Modell nacheifern, mit der Absicht, schließlich Offshore-Verarbeitungseinrichtungen einzurichten. Die Privatisierung der Inhaftierung von Migranten ist bereits im Gange.

Das Gleiche gilt für den Grenzschutz. Die EU stellt erhebliche Mittel für die Verstärkung des Personals und die Installation hochentwickelter Technologien an den Grenzen bereit, darunter Wärmebildkameras, Bewegungsmelder, Drohnen und Schallkanonen zur Überwachung und Abschreckung. Die Mitgliedstaaten haben bisher fast 1.800 Kilometer Mauern an ihren Grenzen gebaut, und die EU steht unter zunehmendem Druck, mit der Finanzierung dieser Maßnahmen zu beginnen.

Innerhalb der Festung Europa hingegen wird die Freizügigkeit gefördert und in einigen Fällen sogar idealisiert und als eine der Erfolgsgeschichten der EU gepriesen (wie im Fall von Erasmus+). Während die Einwanderung von außerhalb Europas die „europäische Lebensweise“ zerstören wird, wird die Migration innerhalb der EU als deren Förderung angesehen. Sie ist jedoch ähnlich funktional angelegt und wird nur dann durchgeführt, wenn ein Bedarf besteht (d. h., wenn nationale Arbeitskräfte schwer zu finden sind).

Vor diesem Hintergrund erscheinen Reformforderungen, wie die nach einer drastischen Aufstockung und Ausweitung der zirkulären Migrationsregelungen auf Drittstaatsangehörige jenseits der Visafreiheit (und EU-interne Migranten), kurzfristig, wenn nicht gar utilitaristisch und diskriminierend. In diesem Sinne schlagen liberale Denker wie Branko Milanović Systeme vor, die von den derzeit in den Golfstaaten bestehenden Systemen – in denen ausländische Arbeitnehmer keinerlei Rechte haben – bis hin zu solchen reichen könnten, die Migranten ein breiteres Spektrum an Rechten bieten, allerdings nur für begrenzte Zeiträume.⁴ Er ist sich bewusst, dass seine Lösung zwangsläufig zu einer Unterschicht führen wird, zieht sie aber dennoch der Festung Europa vor.

Die moralisch fragwürdige Perspektive, die Migration nur unter dem Gesichtspunkt diskutiert, was Europa „braucht“, ist jedoch ebenso dystopisch, ganz zu schweigen davon, dass sie weder die Kosten dieser „Zirkulation“ für diejenigen berücksichtigt, die sie durchführen, noch Vorschläge macht, wie man die bevorstehende massenhafte Klimamigration angehen kann.

Progressive Utopien

Die Festung Europa ist sicherlich nicht die einzige Dystopie, die es gibt. Angesichts der Klimakrise entstehen überall neue Konzepte des gemeinschaftlichen Lebens. Von Saudi-Arabien bis hin zu der autonomen Stadt des Milliardärs Peter Thiel „irgendwo im Mittelmeer“ – die Zukunft sieht düster aus. Und wenn wir den Spieß umdrehen? Was wäre, wenn wir,

statt auf eine Dystopie zuzusteuern, eine utopische Brille aufsetzen würden?

*Was wäre, wenn wir, statt auf eine Dystopie
zuzusteuern, eine utopische Brille aufsetzen würden?*

Das vermeintliche „Ende der Geschichte“ – die Vorstellung, dass sich die Menschheit zu ihrem endgültigen politischen und wirtschaftlichen System in der kapitalistischen liberalen Demokratie entwickelt hat, da „es keine Alternative gibt“ – bedeutete auch das „Ende der Zukunft“ im Sinne des Philosophen Franco Berardi⁵ oder das „Ende der Utopie“ im Sinne des Soziologen Rastko Močnik.⁶ Es läutete die Ablehnung von Utopien ein, die als gefährliche, irrationale und eskapistische oder sogar potenziell totalitäre Projekte angesehen wurden.

Dieser Vorstellung vom Ende der Geschichte liegt die modernistische Verbindung von Utopie und Fortschritt zugrunde,⁷ die Verbindung von utopischen Impulsen mit der Auffassung von Geschichte als einer linearen Abfolge von Stufen, von denen jede besser ist als die vorherige. Auf dem Gipfel des Fortschritts gibt es keine höheren Stufen mehr; es gibt keinen weiteren Weg mehr zu gehen.

Wir wissen heute, dass die Geschichte nie zu Ende war. In der Tat erleben wir gerade ihre turbulente „Rückkehr“. Wir wissen auch, dass die Utopien nicht zu Ende sind. Sie haben einfach eine Art dystopische Überarbeitung erhalten. Wir haben nicht aufgehört, uns andere Welten vorzustellen (es gibt viele schlimmere Welten, die wir uns vorstellen können), sondern wir haben aufgehört, uns bessere Welten vorzustellen.

Im Gegensatz zum modernistischen Utopiebegriff entkoppelt das Werk des Philosophen Ernst Bloch Utopien von der Idee des Fortschritts. Schließlich ist der Begriff des Fortschritts untrennbar mit verschiedenen Formen der Unterwerfung verbunden: Patriarchat, Kolonialismus, Imperialismus und Ausbeutung, um nur einige zu nennen. Bloch sieht die Utopie als eine kritische Analyse konventioneller Konstruktionen (oder Imaginären) von Realität, Zeit und dem Möglichen – eine kritische Negation dessen, was einfach nur *ist*, und eine Infragestellung der Annahmen über das, was in der Gegenwart möglich und unmöglich ist. In der Bloch'schen Philosophie ist die Zukunft offen; sie wird nicht als Entwurf, sondern als Richtung, als Horizont dargestellt.

Neue Horizonte

In Anlehnung an Blochs Suche nach nicht-progressiven Utopien, sein Beharren auf der Möglichkeit des Wandels und der Rolle der Subjekte in diesem Prozess (im Gegensatz zu aktuellen Trends, die menschliche Subjekte nicht berücksichtigen und auf Objekte, Natur oder Technologie setzen) und seine Betonung von Prozessen – auf das Werden statt auf das Sein – könnten wir versuchen, andere migrationspolitische Richtungen zu skizzieren.

Ein Ansatzpunkt ist die Abkehr von utilitaristischen Ansätzen, die Migration aufgrund von Bedürfnissen – wie Arbeitskräftemangel oder Überalterung der Bevölkerung – zulassen, und stattdessen eine proaktive, subjektzentrierte Sicht auf die Zukunft der Migration erlauben.

Eine radikale Überprüfung dessen, was die EU ist und sein sollte, ist unabdingbar, um den apartheidartigen Graben zu vermeiden, auf den wir zusteuern, wenn Europa zu einem Zweiklassensystem der Staatsbürgerschaft wird. Was genau sind diese „europäischen Werte“, die so unermüdlich gepriesen werden? Im Moment scheint es sich um eine willkürliche Auswahl von

Merkmale zu handeln, für die Europa bekannt sein möchte – wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und wirtschaftlicher Wohlstand -, wobei unbequeme Merkmale wie Herrschaft, Ausbeutung, Kolonialismus, Faschismus und die anhaltend brutale Behandlung von Migranten außer Acht gelassen werden. Ein anderer Tropus, die Notwendigkeit, eine europäische „Lebensweise“ zu bewahren, eine postmoderne faschistische Lieblingsphrase und ein offizielles EU-Narrativ, dient nun als geeigneter Ersatz für die allzu problematische Rechtfertigung „Blut und Boden“. Identitäres Denken ist also ein zentrales Element des Migrationskonzepts der EU, das daher zum Scheitern verurteilt ist.

Eine radikale Überprüfung dessen, was die EU ist und sein sollte, ist unabdingbar, um den apartheidartigen Graben zu vermeiden, auf den wir zusteuern.

Eine Abkehr von der Konzentration auf ethnisch-nationale oder sogar kulturelle Bindungen und stattdessen der Aufbau von Gemeinschaften mit gemeinsamen Zielen – wie ökologische Nachhaltigkeit, hochwertige Gesundheitsversorgung und sozialer Schutz – würde die EU von einer dystopischen Perspektive in das Reich der Utopie führen. Dieses Szenario würde auch bedeuten, dass die Staatsbürgerschaftsgesetze überdacht werden müssten – ein Schritt, zu dem die europäischen Eliten nicht bereit zu sein scheinen.

Seltsamerweise könnte die serbische Regierung dies jedoch tun.⁸ Serbien hat vor kurzem Änderungen an seinem Staatsbürgerschaftsgesetz verabschiedet, die es Einwanderern und Asylbewerbern ermöglichen würden, nach nur 12 Monaten vorübergehenden Aufenthalts die serbische Staatsbürgerschaft zu erhalten. Als Reaktion auf diesen Schritt warnten EU-Beamte, dass die Harmonisierung der serbischen Migrationspolitik mit der der EU für das Funktionieren der derzeit geltenden visafreien Regelung von wesentlicher Bedeutung sei.


In ihrem Buch *The Dawn of Everything*, bieten David Graeber und David Wengrow eine überzeugende Widerlegung der verbreiteten Weisheit, dass sich menschliche Gesellschaften linear „progressiv“ von einer Stufe zur nächsten entwickeln.⁹ Tatsächlich haben die Menschen seit Jahrtausenden zwischen hierarchischen und egalitären Organisationsformen gewechselt und bewusst soziale Ordnungen aufgebaut und zerstört. Graeber und Wengrow identifizieren drei grundlegende soziale Freiheiten: die Freiheit, nicht zu gehorchen, die Freiheit, sich zu entfernen, und die Freiheit, soziale Ordnungen zu schaffen und zu verändern. Diese finden sich in allen Kulturen und Jahrhunderten und erleichtern es den vormodernen Völkern, sich von unangemessenen oder unerwünschten sozialen Strukturen zu trennen, indem sie diese umgestalten, zerstören oder einfach aufgeben.

Im Gegensatz zum modernen (westlichen) Konzept der individuellen Freiheit, bei dem frei zu sein bedeutet, sich selbst zu versorgen, und das als solches untrennbar mit Privateigentum verbunden ist, war für die indigenen Gesellschaften Amerikas die individuelle Freiheit in Strukturen der Fürsorge eingebettet; sie bedeutete, dass die Menschen einander das Leben gestatteten, ohne Angst zu haben, durch die Maschen zu fallen. Warum also nicht die Grundlagen unseres sozialen Umfelds überdenken?

Wie wäre es, wenn wir statt in Abschiebehaftanstalten in ausgeklügelte soziale Infrastrukturen investieren würden, die die Einwanderung erleichtern, indem sie angemessene Unterkünfte, Lebensunterhalt und Beratung bieten? Was wäre, wenn wir die bestehenden Infrastrukturen nicht zur Gewinnerzielung, sondern zur Rettung der Humanität nutzen würden? Was wäre, wenn wir die

Schaffung autonomer Gemeinschaften zuließen, die ihre eigenen Wege für die Migration untereinander entwickeln? Dystopische Wege gibt es bereits, warum also nicht auch utopische Wege gehen? Was wäre, wenn wir nicht mehr gezwungen wären, zu besitzen, sondern uns zu kümmern, zu hüten, Hüter unseres gemeinsamen sozialen und natürlichen Reichtums zu werden? Diese Zukunft hat kein Drehbuch. Es gibt keine Gewissheit darüber, wie es weitergeht. Es ist völlig offen.

Der vielleicht wichtigste Schritt liegt also im Bereich der Vorstellungskraft, in dem Bemühen, die Vorstellungen von dem, was möglich ist, radikal in Frage zu stellen und sich von kollektiven, sozial konstruierten und in der Folge eingebürgerten Vorstellungen darüber, was erreicht werden kann und was nicht, zu lösen. Was dann geschieht, liegt in unserer Hand.

 Aleksandra Saša Savanović is an author and researcher. Her research focuses on post-capitalist economic paradigms and the contemporary transformations of labour, state and citizenship. She authored two critically acclaimed novels (*Deseti život*, Kontrast, 2018 and *Novo Sada*, Partizanska knjiga, 2022), along with a wide range of research studies, policy papers, essays, and popular commentary.

Published February 27, 2025

Article in German

Translation available in English

Published in the *Green European Journal*

Downloaded from <https://www.greeneuropeanjournal.eu/die-festung-europa-einreisen-migration-als-utopie/>

The Green European Journal offers analysis on current affairs, political ecology and the struggle for an alternative Europe. In print and online, the journal works to create an inclusive, multilingual and independent media space.

Sign up to the newsletter to receive our monthly Editor's Picks.